

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen.

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stangl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1., ohne Bestellgeld; bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 A. — Postkatalog-Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Beiträge zur Bagabundenfrage. Ein politischer Zensur-Gumbug. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Arbeiterbudget und Militärverpflegung. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Eine Mahnung an Baugewerkschüler. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Bericht-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

Beiträge zur „Bagabundenfrage“.

Ach, welch' Glück, ein Deutscher zu sein! Zwar, als patriotisches Mitglied der Kunst der Satten kann man's schon aushalten! Als Angehöriger der sogenannten „gebildeten“ Klassen und glücklicher Besitzer „elender Dammons“ läßt sich als Deutscher im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte schon ganz gut leben. Aber wehe, wenn der Deutsche ein armer Arbeiter ist! Sein Deutschtum nützt ihm nichts, wenn er auf seinen Streifzügen nach Arbeit in's gelobte Schwabenland kommt und da die Hilfe einer sogenannten „Arbeiterkolonie“ in Anspruch nehmen will. Die bürgerliche Presse weiß sich des Lobes über diese Einrichtungen, „praktischen Christenthums“ kein Maß. Demgegenüber zeigt die „Schwäb. Tagwacht“, wie es mit dem „praktischen Christenthum“ der Arbeiterkolonien in Wahrheit steht. Wanderte da kürzlich in Neckarfulm ein Arbeiter durch, sich nach Arbeit umsehend. Zur Bekräftigung, daß es ihm wirklich ernst war, Arbeit zu finden, nachdem er bereits 7 Wochen außer Arbeit war, wandte er sich an die Arbeiterkolonie Erlach; er wurde aber abgewiesen, indem man ihm folgendes Schreiben mit auf den Weg gab:

„Dem Joh. W. Steinbach von Montabaur bei Wiesbaden wird bestätigt, daß seinem Ansuchen um Aufnahme in die unterzeichnete Arbeiterkolonie, weil nicht Württemberger, nicht entsprochen werden konnte.“

Der Mann, der im Jahre 1847 geboren, hatte überall vergebens um Arbeit angefragt und war Duzende Male von christlichen und unchristlichen Arbeitgeberern darüß abgewiesen worden mit dem Bedenken: „Sie sind viel zu alt, wir können genug junge, kräftige Leute haben!“ Um nun nicht auf der Landstraße umzukommen, machte er den Versuch, in einer „christlichen Arbeiterkolonie“ vorübergehend Aufnahme zu finden, um auch hier — abgewiesen zu werden!

Begreiflicherweise hat der bald 50jährige Mann durch diesen Beweis „praktischen Christenthums“ einen außerordentlichen Bewußt sowohl an „patriotischem Bewußtsein“ wie an „christlichem Genu“ erhalten. Er schwört begeistert darauf, daß das deutsche Reich „an der Spitze der Sozialreform“ marschiert und daß die bösen Sozials Lügen, wenn sie behaupten, es gäbe so viel Elend unter den Arbeitern.

Ein anderes Bild. Kam da, wie die Berliner „Volkszeitung“ mittheilt, kürzlich ein Handwerksgehilfe, der vorchriftsmäßig ausgemerkt, mit ordnungsmäßigen Papieren versehen eines schönen Tages nach der Hauptstadt. Nach allem Brauche zu Fuße; denn der Versöhnungstakt unserer Eisenbahnbehörden verbindet die Eisenbahn-Bagabundenfrage“. In Berlin geriet er auf den naheliegenden Einfall, die Zuverlässigkeit und die Ortskenntnis der Polizei anzurufen. Er fragte nach einer Herberge. In der That, da kam er vor die rechte Schmiede. Der Auskunft ertheilende Beamte verwies ihn — nach Spandau. Nach Spandau? Ja, so war's. Der Weg war weis, Abend war es auch bereits; allein der Beamte dachte wohl, die Spandauer Herberge wäre die nächste im zweimeiligen

Umkreise von Berlin. Der Provinziale aber unternahm es, sich munter bis Spandau durchzufragen. Allein mittelbige Seelen belehrten ihn, daß es auch in der Reichshauptstadt Arbeitsgelegenheit und vorerst ein unentgeltliches Obdach gebe und wiesen ihm den Weg dahin.

Wir wollen den armen Burschen nicht auf all seinen Kreuz- und Querzügen behufs Verwerthung seiner Arbeitskraft begleiten. Genug, nach Ablauf weniger Tage hatte er das in heutiger Zeit erstaunliche Glück, an zwei Stellen Arbeit zu finden. Da die durch einen Gönner — er hatte sich denselben auf seiner unfreiwilligen Tour nach Spandau erworben — beschaffte Arbeit lohnender und zugleich von Dauer war, sagte er die andere auf, wurde engagiert und sollte am anderen Tage fröhlich seine gut bezahlte Arbeit beginnen. In ganz Berlin gab es an diesem Tage wohl keinen Glücklicheren als den arbeitslustigen Provinzialen. Zum letzten Male wandte sich heute der junge Mann dem Asyl zu. Für ihn war ja von morgen ab gefogt! Aber es kam anders.

Nach zwei Tagen erhielt der Gönner des besagten Gesellen einen Brief von dem Pfarrer der königlichen Hausvogtei. Zum ungemessenen Erstaunen des Briefempfängers wurde in dem Schreiben Mittheilung davon gemacht, daß der Bursche beim Heraus-treten aus dem Asyl verhaftet worden sei und zwar wegen Obdachlosigkeit. Gleichzeitig fragte der Seelsozger an, ob die Bekundung des Burschen, daß er in einer von ihm bezeichneten Fabrik Stellung gefunden, auf Wahrheit beruhe. In umgehender Beantwortung wurde dem Herrn dies bestätigt und gleichzeitig der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß nicht bei dem Fabrikbesitzer selbst amtlich — nicht in privater Gefälligkeit wie hier — dieserhalb angefragt worden sei. Auf Anfrage des Gönners unseres Provinzialen wurde ihm von dem Fabrikbesitzer bezw. dessen Bevollmächtigten mitgetheilt, daß eine solche Anfrage nicht an die Fabrik gelangt sei, und weiter, daß die Stelle, welche dem Burschen zugewiesen war, anderweitig besetzt sei.

Man erkennt hieraus die oft verkannte Leistungsfähigkeit der Polizei in sozialpolitischer Beziehung. Man denke, ein vollständig unbescholtener junger Mann, dessen Ausweis-papiere in bester Ordnung sind, der nachweislich Verwerthung seines einzigen Besitzes, seiner Arbeitskraft, gesucht und die Gelegenheit dazu gefunden hat, wird daran verhindert, gut entlohnte Arbeit auszuüben. Und dieser junge Mensch wird weiter bloß — fünfzehn Tage in Untersuchungshaft gehalten und wird, damit der Sache der Humor nicht fehle, angeklagt wegen — — Arbeitscheu!

So gesehen im preussischen Polizei- und Rechtsstaat“, der da an der Spitze der „Sozialreform“ marschiert, im Jahre des Heils 1894! Die Polizeiprägare dieses Staates sollen bekanntlich auch die Aufgaben haben, die „Bagabundenfrage“ zu bekämpfen, und fromme, fette Mitglieder der „besseren“ Gesellschaft helfen ihr dabei. Aber wie! Das Lehren außer den hier mitgetheilten Fällen noch zahllose andere. Man hat in den sogenannten maßgebenden und „gebildeten“ Kreisen offenbar kein Verständnis für die Arbeitslosen- und Bagabundenfrage. Nur selten bricht da einmal die Erkenntnis durch. So erklärte vor einiger Zeit auf dem westfälischen Städtetage der Bürgermeister von Viesefeld:

„Es ist eine verkehrte Anschauung, als ob die mittellosen Wanderer vorwiegend aus

Bagabunden und arbeitscheuem Gesichter beständen; zweifellos treibt sich arbeitscheues Volk umher, aber daß dasselbe 60 pSt. der Arbeitslosen beträgt, glaube ich nicht.“ Selbst, wenn nur die Hälfte, nur ein Drittel und noch weniger (??), der Wandernden zu Deuten gehöre, die keine Arbeit bekommen könnten, so sei das schon schlimm genug.

Der Viesfelder Bürgermeister machte aus den Reiseerlebnissen eines Predigtamtskandidaten Namens Wangemann folgende Mittheilungen:

„Um die Lage der wirtschaftlich Schwächsten des Volkes, der wandernd nach Beschäftigung suchenden Arbeitslosen auch aus eigener Anschauung kennen zu lernen, nachdem ich mich aus Büchern über die einschlägigen Fragen unterrichtet hatte, begab ich mich Mitte April dieses Jahres auf die Wanderschaft. Ich wählte den Beruf eines technisch nicht gebildeten Arbeiters, eines Mannes, der weiter nichts als gesunde Glieder, starke Knochen und den ehrlichen Willen hat, sich ohne zu betteln durch die Welt zu schlagen. Die materielle Berechtigung hierzu fand ich in den umfangreichen Arbeiterentlassungen der Montan- und Eisenindustrie während des letzten Winters. Durch ein polizeilich beglaubigtes Arbeitszeugnis einer Viesfelder Maschinenfabrik verschaffte ich mir vorher die Berechtigung, mich als Handarbeiter auszugeben. Ich brachte vier Wochen arbeitsuchend auf der Landstraße zu und lernte die Verhältnisse Nord- und Westfalens und Nord-Rheinlands kennen. Besonders viel Zeit widmete ich dem rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriegebiet. Ich habe während dieser vier Wochen überall auf Bürgermeistereien, Amtern, Polizeibureaus, Arbeitsnachweiskstellen, auf den Herbergen zur Heimath und der Verpflegungstationen, auf Zechen und jeder Art von Fabriken um Arbeit angefragt, mich zu jeder Arbeit angeboten (ich war bereit, selbst Kloaken auszuräumen) und habe nirgends auch nur für 24 Stunden Arbeit bekommen.“

Ja, das klingt freilich anders als die frommen Tiraden der Gründer unserer Arbeiterkolonien, Verpflegungstationen und Herbergen. Aber es thut noch schmerzlicher! Die herrschende „Ordnung“ in ihrer ganzen Herrlichkeit und Pracht wird gekennzeichnet durch ein Einzelereignis, das Wangemann folgendermaßen erzählt:

Nach der durchaus genügenden Mittagsverpflegung in der N.N.-Herberge, wanderte ich am 10. Mai nach N.N., wo ich in einer der zahlreichen Fabriken endlich Arbeit zu finden hoffte. Trotz des N.N.-Stempels verweigerte mir der Hausvater N.N. die Verpflegung; aus welchem Grunde, ist mir nicht ganz klar geworden, doch vermute ich, daß seitens der Behörde ein Druck auf ihn ausgeübt wird in der Richtung der Sparfamkeit, und er wohl die Weisung hat, nur die Bedürftigsten aufzunehmen — möglich, daß er der allerdings irrigen Meinung war, ein Handarbeiter könne „jezt“ überall Arbeit bekommen. — Ich trat mit zwei Anderen zusammen an die Theke, von denen der Eine soeben aus der Lehre entlassen war. Er erhielt Verpflegung. Der Zweite bittet darum. „Was sind Sie?“ — „Zimmermann.“ — „Siebt's nichts!“ Darauf zu mir: „Was sind Sie?“ — „Fabrikarbeiter.“ — „Siebt's nichts!“ — „Ja, was soll ich denn machen?“ — „Wenden Sie sich an den Arbeitsnachweis N.N.“ Ich suchte das betreffende Bureau auf, bitte um Arbeit und werde abgewiesen. (Ich habe die ganzen

vier Wochen hindurch überall, bei Behörden und Privaten, auf den Bergen und in den Fabriken, um Arbeit angefragt und nicht ein einziges Mal Arbeit bekommen.) Ich ging jetzt nach dem Rathhaus, um mich bei dem Bürgermeister N. X. zu melden und mich über die Abweisung auf der Station zu beschweren bzw. mich zu erkundigen, ob der Hausvater berechtigt sei, um Verpflegung Bittende ohne jeden Grund einfach abzuweisen. Ich traf diesen Herrn, welcher viel Interesse für das Stationswesen bewiesen hat, nicht, da er gerade eine Sitzung hatte und wendete mich in Folge dessen an die Polizei, zunächst mit der Anfrage, ob man mir von hier aus Arbeit verschaffen könne. Der betreffende Wachtmeister erklärte, mir nicht helfen zu können und schickte mich an den Wohltätigkeitsverein, denselben, welcher auch den Arbeitsnachweis ins Leben gerufen hatte. Ich ging dahin und wurde, mich jetzt mittel- und abwechselnd, abgewiesen mit der Begründung, daß die Polizei für meine Verpflegung Sorge zu tragen habe, wenn keine Arbeitsgelegenheit vorhanden sei. Zum zweiten Male auf dem Polizeibureau mich meldend, wurde ich zum zweiten Male abgewiesen: „Ich sollte mich an die Armenpflege wenden.“ Auf dem Bureau für Armenpflege wurde ich alsbald in grober Weise hinausgeworfen mit der Weisung, mich an den Wohltätigkeitsverein zu wenden. Ich verzichtete indessen darauf, zum dritten Male auf diesem Bureau zu bitten, und ging nach der Herberge zurück, um auch hier noch einmal den Versuch zu machen, der mir ebenfalls mißlang. So hatte ich mich denn sieben Mal abweisen lassen und gab jetzt den Versuch auf, bis zum anderen Tage einen anständigen Unterhalt zu finden. Da ich seit Mittag nichts gegessen hatte und es mittlerweile 8 Uhr geworden war, war ich ebenso hungrig, wie vor der Wanderung und von dem Hin- und Hergelaufenen müde; außerdem hatte ich durchge- laufene Füße und war geistig durch die vielen kleinen Demüthigungen, die ich, wie ich fühlte, nicht verdient hatte, sehr deprimirt. Ich hatte das instinktive Gefühl, daß ein Stück Brot mir die allerbesten Dienste leisten würde. Ich stand vor der Alternative, entweder zu betteln oder zu stehlen, welche Vergehen ich plüßlich unter einem ganz neuen Gesichtswinkel betrachtete. Ich hatte indeß zu dem einen so wenig Neigung wie zu dem anderen, sah auch, daß auf den Straßen der Stadt besonders viele Polizeibeamte aufgestellt waren und daß ich beim Betteln Gefahr lief, arretirt zu werden. Außerdem wünschte ich, mich einmal in die Lage eines Arbeitslosen zu versetzen, welcher noch zu viel Selbstachtung zum Betteln hat und erst durch unüberwindlichen Hunger zu dem ersten schweren Schritt ge- trieben wird, dem die anderen leichteren dann desto schneller folgen, nachdem er gesehen hat, wie einträglich das Geschäft ist. Ich war aber empört über Zustände, welche einen ehrlichen Arbeits- losen zum Betteln geradezu zu zwingen schienen.

Was sagen unsere „Ordnungsmenschen“ zu diesen herrlichen Zuständen? Und dabei muß man bedenken, daß hier ein Mann um Arbeit kämpfte, der einen Vorrath von körperlicher und geistiger Kraft noch aus seiner gutbürgerlichen Existenz mitbrachte, der noch nicht durch jahrelange Ausnutzung und Demüthigung in Fabriken und Werkstätten ausgemergelt war, dem also noch eine gewisse muthige Widerstandskraft inne- wohnte, welche Arbeitern von Beruf in solcher Lage fehlen muß. Werden die Parteien, welche die Hände über die „Sittenlosigkeit“ und „Arbeitscheu“ des Volkes zusammenzuschlagen pflegen, jezt in ihren eigenen Busen greifen?

Ein politischer Tendenz-Humbung

ist's, wenn, wie es seit dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln anlässlich der Debatten über die Gewerkschaftsbewegung öfter geschehen ist, die bürgerliche Presse versucht, diese Bewegung gegen die sozialdemokratische Partei auszuspielen, die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter gegen ihre in der politischen Organisation stehenden Genossen aufzuheben. Auch der österreichische Gewerkschaftskongreß hat der gegnerischen Presse Anlaß zu solchen Versuchen gegeben. So schrieb die „Kreuz-Zeitung“ Folgendes: „Es herrsche auf dem ersten österreichischen Gewerkschaftskongreß diejenige Richtung vor, welche in erster Reihe und mit Zurückdrängung des reinpolitisch-agita- torischen Momentes eine Fehlung der materiellen Lage der Arbeiter anstrebt. Darum wurden auch politische Fragen verhältnismäßig wenig berührt und die Vermengung des wirtschaftlichen mit dem politischen

Kampfe verhorreszirt. Als die Frage des Generalstreiks im Zusammenhange mit der des allgemeinen Wahlrechts zur Erörterung gelangte, da wurde eine solche Kombination entschieden verurtheilt. Wenn schon ein Generalstreik inakzeptabel wäre, dann müßte er für die Erlangung des Achtstundentages, nicht dazu veran- staltet werden, daß für ein paar ehrgeizige Führer Parliamentsstühle erobert werden. Das war unaus- gesprochen und zum Theil auch ausdrücklich betont die auf dem Gewerkschaftskongreß herrschende Stim- mung; und es unterschied sich diese Versammlung vortheilhaft von anderen sozialdemokratischen Partei- tagen schon dadurch, daß zumeist gereifte, von sittlichem Ernste getragene Männer und wirkliche Arbeiter und nicht einige professionsmäßige Agitatoren mit einem Alles terrorisirenden Haufen junger und egalitärer Burche den Ausschlag gaben. Auch von der bei sozialdemokratischen Parteitagen sonst fast jedesmal beliebten Großprederei und Uebertreibung des Partei- einflusses war diesmal nichts zu spüren.“

Mit treffendem Sarkasmus bemerkt hierzu der „Vorwärts“: daß die heijnnigen Kenner der internen Verhältnisse der Sozialdemokratie ihre Entdeckung, daß ein Gewerkschaftskongreß politische Fragen höchstens streifen, niemals aber als Selbstzweck behandeln kann, nicht außerhalb der Reichsgrenzen zu machen ge- braucht hätten, denn auch in Deutschland finden alljährlich Dutzende von Arbeitertongressen statt, die politische Fragen nicht behandeln.

Wenn freilich die „Kreuz-Zeitung“ meint, daß es andere Leute sind, welche auf den Gewerkschafts- kongressen erscheinen und welche die politische Haupt- arbeit für die Arbeiterklasse verrichten, so wird sie von ihren Gehörsmännern getäuscht. Der von der „Kreuz-Zeitung“ so gerühmte Höger war Kandidat der sozialdemokratischen Partei bei den letzten öster- reichischen Reichstagswahlen, ebenso wie die Degien, v. Elm, Klotz u., die ohne ihre Schuld von der Bourgeoispreffe als brave Arbeiterführer empfohlenen Männer, Kandidaten bei den letzten Reichstagswahlen waren. Würde die „Kreuz-Zeitung“ gut berichtet sein, so würde sie auch die österreichischen Genossen Adler und Ellenbogen nicht in Gegensatz zur gewerkschaft- lichen Bewegung stellen, denn sie müßte wissen daß diese sich stets derselben mit Vorträgen und literarischen Beiträgen zur Verfügung gestellt hatten. Kurz gesagt, es sind im Wesentlichen in Deutschland wie in Oester- reich dieselben Kräfte, welche in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung thätig sind. Freilich, die Berathungsgegenstände und damit der Ton der Debatten ist bei beiden nicht der gleiche. Dies ist aber selbstverständlich, gerade das Gegentheil wäre auffällig. Ebenjowenig wie die „Kreuz-Zeitung“ den gleichen Ton anspricht, wenn sie den Gegnern die Getreidebölle auseinanderstößt oder sich mit einer ihr nicht passenden literarischen Erscheinung befaßt, ebenso- wenig werden die Arbeiter das gleiche Register auf- ziehen, wenn sie den Kapitalismus und Militarismus bekämpfen oder wenn sie über die beste Form der Reiseunterstützung und über das Vertrauensmänner- System in Fabriken debattiren.

Bestände wirklich ein Gegensatz zwischen den ge- werkschaftlich oder politisch organisirten Arbeitern Oesterreichs, so würde doch der Antrag des nach der „Kreuz-Zeitung“ so ehrgeizigen und mandatsstifternen Dr. Adler, die Entscheidung über den Generalstreik dem im Februar tagenden sozialdemokratischen Partei- tage zu überlassen; nicht debattelos angenommen worden sein.

Welche, freilich thörichte, Hoffnungen die Kreuz- Zeitungs-Männer auf die Gewerkschaftsbewegung setzen, geht aus folgenden Ausführungen des Organs der Junker und Muder hervor:

„Sie (die Gewerkschaftsbewegung) gewährt aber auch allen anderen Staats- und Gesellschaftsfaktoren viel eher die Möglichkeit zu einer ehrlichen Aus- einandersetzung mit den Arbeitermassen, als die rein politische Richtung, deren Haupttendenz auf den Um- sturz alles Bestehenden gerichtet ist und von irgend welcher Transaktion auf Grund der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nichts wissen will.“

Aber noch eine andere nicht zu unterschätzende Bedeutung hat die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen für die großen, sozialen Kämpfe, denen wir entgegengehen, ja, in denen wir uns mitten drin befinden. Sie führt, so paradox dies auf den ersten Augenblick erscheinen mag, zu einem allmähigen Aufgeben des „Klassenmäßigen Proletarier- Standpunktes“. Bei einer entsprechenden Aus- dehnung derselben wird und muß sie namentlich in den Kreisen der mittleren und kleineren Produktion zu einer Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeit- nehmer führen, da vielfach eine Interessengleichheit beider im Wirtschaftskampfe sich herausstellen wird.

Dadurch wird aber ein mäßiger Einfluss auf die Arbeiter sich geltend machen und andererseits die Zuangriffnahme einer ersten und durchgreifenden Sozialreform gegenüber der Herrschaft und den Exzessen namentlich des mobilen Großkapitals mächtig gefördert werden.“

Damit beweist die „Kreuz-Zeitung“ nur, daß sie von der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung, von dem Geiste, der unter den deutschen und öster- reichischen Arbeitern herrscht (mögen sie nun gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein), nichts kennt. Nicht zur Veröhnung treibt die kapitalistische Ent- wicklung, sondern zu immer schärferer Entzweiung; nicht ein allmähiges Aufgeben des „Klassenmäßigen Proletarier-Standpunktes“ geht vor sich, sondern eine stetige Festigung und Ausdehnung desselben. Die- von der Bourgeoisie so sehr gewünschte „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, mit welcher man der selbständigen Arbeiterbewegung Herr zu werden hofft, ist ein Ding der absoluten Unmöglichkeit. In demselben Maße, wie der Kapitalismus sich ausdehnt, wird der Kampf zwischen Kapital und Arbeit zunehmen und heftiger werden.

Dem oberflächlichen Beurtheiler unserer Arbeiter- verhältnisse mag allerdings die Gewerkschaftsbewegung als der harmlosere Theil der allgemeinen Arbeiter- bewegung erscheinen; denn die politische Arbeiter- bewegung ist naturgemäß revolutionär, sie strebt die vollständige Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung an, die Beseitigung der Kapi- talherrschaft, des Privateigentums an den Pro- duktionsmitteln; ihr endgültiger Sieg fällt mit dem Untergange des heutigen Systems zusammen. Anders liegt die Sache bei der gewerkschaftlichen Be- wegung. Alle Forderungen, die diese aufstellt, können innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung erfüllt werden, ohne daß dieselbe eine grundsätzliche Aenderung erfährt. Die Gewerkschaften können, ihrem Wesen ent- sprechend, nur solche Forderungen erheben, die heute erfüllbar sind. Aber weit gefehlt wäre es, daraus die Annahme herzuleiten, daß die Bewilligung der For- derungen der gewerkschaftlichen Organisation die Arbeiter „fromm“, „zahm“ und „zufrieden“ machen werde. Die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter streben ganz das Gleiche an wie die politisch organisirten; sie sind auch fast alle Mitglieder der politischen Or- ganisation, Angehörige der sozialdemokratischen Partei, wie andererseits auch die Mehrzahl der in der politi- schen Vereinigung stehenden Genossen der gewerkschaftlichen Organisation angehören. Weiß man denn in der „Kreuz-Zeitung“ nicht, daß die meisten sozial- demokratischen Reichstagsabgeordneten auch an der Spitze gewerkschaftlicher Organisationen stehen? Es hat sich niemals, weder in Deutschland noch in Oester- reich, um die Frage gehandelt, gewerkschaftliche oder politische Arbeiterbewegung, sondern es hat nur ge- heißen, gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. Wer die Protokolle unserer Parteitage von Halle, Erfurt und Köln ohne Vorurtheil studirt hat, wird dies wissen.

Wenn bürgerliche Blätter die gewerkschaftliche Be- wegung gegen die politische ausspielen und der ersteren in dummer und plumper Weise schmeicheln, so ist daran zu erinnern, daß diese selbe Presse seit Jahren im Bunde mit dem Unternehmertum die gewerkschaft- liche Arbeiterorganisation womöglich noch brutaler, rücksichtsloser und fanatischer bekämpft hat, als die politische. Die bürgerlichen Organe haben die Unterdrückung der Gewerkschaften gefordert und die öffentlichen Gewalten gegen sie aufgebracht. Man denke an den Püttkammer'schen Streikerlaß, an die politischen und gerichtlichen Verfolgungen der gewerkschaftlichen Organisationen; an das gegen dieselben gerichtete System der schwarzen Listen u. c.

Und jezt plüßlich sollen die gewerkschaftlichen Organisationen nach der Ansicht der bürgerlichen Presse den Beruf haben, Unternehmer und Arbeiter zu „versöhnen“. Es ist zum Lachen. Wenn die „Kreuz-Zg.“ meint, daß die gewerkschaftliche Bewegung bei einer entsprechenden Ausdehnung „zu einer Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, namentlich in den Kreisen der mittleren und kleineren Produktion, führen wird und muß“, so ist das naiv und ein Beweis ihres vollständigen Mißverstehens der wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitalter der der Spitze zutreibenden Akkumulation.

In dieser Auseinandersetzung ist nur das Eine richtig, daß die Konzentration der Kapitalien, oder sagen wir kurz: der Kapitalismus mit seinem Groß- betrieb die „Arbeitgeber“ in den Kleinbetrieben, das heißt die Kleinmeister und Kleinfabrikanten, den Ar- beitern, d. i. Proletariern, näher bringt; das hat aber mit der gewerkschaftlichen Organisation nichts zu thun und zeigt sich auch da, wo noch nicht die kleinsten

